

Dringlichkeitsantrag 1

zum Plenum als Nr. 1

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Gerhard Hopp, Wolfgang Fackler, Kerstin Schreyer, Barbara Becker, Robert Brannekämper, Maximilian Böttl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Karl Feller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Thomas Holz, Thomas Huber, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Martin Stock, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Dipl.-Verw.Wirt (FH) Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Dipl.-Kaufmann Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Verteidigungsfähig werden, Unabhängigkeit bewahren, Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass Deutschland schnell und umfassend verteidigungsfähig werden muss. Das betrifft neben der Bundeswehr vor allem auch zivile Strukturen, vor allem den Zivil- und Katastrophenschutz (Bevölkerungsschutz) und den Schutz der Kritischen Infrastruktur.

Mit Blick auf die Bundeswehr begrüßt der Landtag die Überlegungen auf Bundesebene, das Beschaffungswesen der Bundeswehr durch ein Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz zu verbessern. Eine konkrete Vorhaben- und Bestellliste zur Aufrüstung der Bundeswehr ist schnellstmöglich aufzustellen und mit der Beschaffung zu beginnen.

Der Landtag betont, dass dafür jetzt große finanzielle Anstrengungen notwendig sind, für die der Bund die notwendigen Handlungsspielräume für Bund, Länder und Kommunen schaffen muss.

Der Landtag sieht auch die Europäische Kommission gefordert, die angekündigte Mobilisierung von Mitteln - insbesondere durch die Aktivierung der nationalen Ausweichklausel, die Ausweitung der Finanzierungen der Europäischen Investitionsbank sowie durch private Investitionen im Rahmen der Initiative "ReARM Europe" - zügig umzusetzen.

Der Landtag ist der Ansicht, dass bei den notwendigen bestehenden und geplanten Beschaffungsprojekten der Fokus auf deutsche und europäische Produkte gelegt werden muss, um die eigenen technologischen Kompetenzen zu stärken und Europa Unabhängigkeit, zu sichern. Trotz der notwendigen schnellen Beschaffung dürfen dadurch nicht neue Abhängigkeiten entstehen und gegebenenfalls bestehenden Abhängigkeiten ist entgegenzuwirken. Der Bund muss mit Blick auf die notwendigen bestehenden und geplanten Beschaffungsprojekte schnell Planungssicherheit schaffen, damit sich die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Deutschland und Europa darauf einstellen und bei entsprechender Planungssicherheit höhere Kapazitäten aufbauen kann. Zur Schaffung von Planungssicherheit gehört außerdem eine pragmatische und wirtschaftlich sinnvolle Rüstungsexportpolitik, die Stärkung von Forschung und Innovation sowie eine verbesserte Verzahnung von Bundeswehr mit der Wissenschaft und Forschung.

In diesem Zusammenhang sieht der Landtag auch die Europäische Union gefordert, durch legislative Maßnahmen (Stichwort Taxonomie), aber auch durch Förderungen die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Europa bei der (Weiter-)Entwicklung von Kompetenzen und dem Aufbau von Produktionskapazitäten zu unterstützen.

Mit Blick auf die ebenfalls notwendigen personellen Ressourcen für die Bundeswehr ist der Landtag der Ansicht, dass auf Bundesebene auch zeitnahe Entscheidungen über ein Wiederaufleben der Wehrpflicht und die Einführung eines Gesellschaftsjahres herbeigeführt werden müssen. Auch die Einbeziehung von Reservistinnen und Reservisten ist voranzutreiben.

Begründung:

Die geopolitische Lage ist angespannt wie selten zuvor. Gerade auch das Verhalten des amerikanischen Präsidenten innerhalb der letzten Wochen lässt Zweifel an der im NATO-Vertrag festgelegten und über Jahrzehnte gelebten Bündnistreue unseres transatlantischen Partners erkennen. In dieser neuen, völlig veränderten Lage muss sich Europa, muss sich Deutschland neu orientieren. Deutschland muss jetzt schnell seine Fähigkeiten zur Verteidigungsfähigkeit aufbauen. Dies gilt für die Landesverteidigung wie für die Bündnisverteidigung gleichermaßen. Die Zeiten der sog. „Friedensdividende“ sind vorbei. Deutschland muss in Europa mit den Partnern entschlossen vorangehen. Denn nur mit einer gemeinsamen Position der Stärke und der glaubhaften Abschreckung kann dauerhaft Frieden in Europa gesichert werden. Das macht jetzt große Anstrengungen, aber vor allem auch ein planvolles, konzentriertes Vorgehen erforderlich. Eine effektive Verteidigungsfähigkeit verlangt dabei nicht nur gut ausgestattete und belastbare Streitkräfte, sondern auch resiliente, krisenfeste zivile Strukturen. Die auf Bundesebene in Aussicht genommene Stärkung der Gesamtverteidigung soll daher richtigerweise sowohl die äußere wie die Innere Sicherheit in den Blick nehmen und auch zivilen Strukturen und dem Bevölkerungsschutz, den Nachrichtendiensten sowie dem Schutz informationstechnischer Systeme dienen.

Bei der notwendigen Beschaffung ist darauf zu achten, dass zum einen die Kooperationsmöglichkeiten mit Systemen der NATO-Partner gegeben sind (Stichwort. Nukleare Teilhabe), zum anderen aber auch keine neuen Abhängigkeiten und dadurch Risiken entstehen (Stichwort „Kill Switch“). Der Einsatz von Rüstungsgütern darf nicht von der Zustimmung Dritter (Regierungen, Lieferanten) abhängig sein. Die Bundeswehr muss in der Lage sein, die vorhandenen Rüstungsgüter sofort und unmittelbar einzusetzen. Daher ist bei der Beschaffung notwendiger Ausrüstung vorrangig auf deutsche und europäische Lieferanten zu setzen, um eigenständig militärische Fähigkeiten aufzubauen. Dies ist kein Blankoscheck: Konkurrenzfähige

Produkte und angemessene Kosten sind die Voraussetzung. Zugleich kann dieser Fokus neben eigener Resilienz auch Arbeitsplätze in Deutschland und Europa schaffen.

Wichtig ist dabei, dass alle politischen Ebenen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie durch klare Anforderungsdefinitionen, Planungssicherheit und Abbau von Hürden (z. B. im Rahmen der Taxonomie, Vorgaben bei den Industrie-Emissionen, bürokratische Vorgaben) gute Voraussetzungen schaffen, damit diese in der notwendigen Geschwindigkeit lieferfähig ist. Auch die Kreditvergabemöglichkeiten für Banken, insbesondere öffentlicher Landes- und Bundesbanken, müssen so gestaltet werden, dass Spielräume für Investitionen entstehen.

Mit dem Gesetz zur Förderung der Bundeswehr leistet Bayern seinen Beitrag für eine starke Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Mit diesem Gesetz zur Förderung der Bundeswehr macht Bayern den Weg frei, Forschungsergebnisse bayerischer Hochschulen auch für Zwecke der Bündnisverteidigung zu nutzen und militärische Bauvorhaben deutlich zu beschleunigen. Dies muss Schule machen.